

18.02.2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

**hiermit fordere ich Sie auf, an Betracht der bedrohlichen Klimaveränderungen durch CO<sub>2</sub>-Ausstoß, endlich die notwendigen Schritte zu unternehmen.**

Die hier genannten Vorschläge umfassen nur einige Möglichkeiten, die unbedingt erforderlich sind um den CO<sub>2</sub>-Ausstoß deutlich zu reduzieren. Sie gehen vom Grundtenor davon aus, dass künftig Renditeinteressen hinter den notwendigen Schritten zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage, stehen müssen. Artikel 20a Grundgesetz formuliert hier auch eine klare Aufgabenstellung an den Staat, der „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“ zu schützen hat. Der bisherige regierungsamtliche Vorrang von Renditeinteressen trägt wesentlich Schuld an der wachsenden Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Ich hoffe jedoch, dass die verantwortlichen Politiker gerade auch an Betracht der, von der American Association for the Advancement of Science (AAAS) jüngst in San Francisco vorgestellten Ergebnisse, die notwendigen Konsequenzen ziehen, welche u.a. in folgendem bestehen können:

1. Die Benutzerpreise aller Massenverkehrsmittel (Bahn, Bus usw.) werden umgehend auf 50 Prozent gesenkt, wobei längerfristig eine kostenlose Beförderung angestrebt wird. Konkret bedeutet dies auch die Privatisierung der Bahn aus umweltpolitischen Gründen sofort zu stoppen.
2. Um darüber hinaus den umweltschädlichen Individualverkehr zurück zu drängen, ist ein Ausbau der Verkehrsverbindungen, besonders im Nahverkehr, angebracht. Zur Finanzierung muss das Vermögen durch Einführung einer Vermögenssteuer nach dem verfassungsrechtlichen Halbteilungsatz bis zu 50 Prozent belastet werden. Eine ähnlich hohe Steuer muss auf Spekulation erhoben werden. Es ist an Betracht der Gefahren für das weltweite Klima nicht mehr akzeptabel, dass Reichtum angehäuft wird, statt dass es zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt wird.
3. Wo beruflich das historisch überholte Auto verwendet werden muss, muss die Kosten dafür der Unternehmer tragen. Dies entlastet die Staatskasse (Pendlerpauschale) und führt einen Teil der Wertschöpfung unmittelbar dem Umweltschutz zu. Zwar ist es richtig den Individualverkehr steuerlich mehr zu belasten, es geht aber nicht an, dass die Unternehmer einerseits hohe Mobilität fordert, andererseits bei deren Kosten allerdings nicht in die Pflicht genommen werden.
4. Die Autoindustrie muss – analog der Produkthaftung (vgl. ProdHaftG) - bindend verpflichtet werden, Neuwagen nur noch nach optimalen, dem Stand der Forschung und Wissenschaft entsprechenden, Energieeffizienzkriterien auf den Markt zu bringen. Rendite und Gewinn aus diesem Anlagenbereich wird analog versteuert: Je geringer den Anforderungen an Energieeffizienz entsprochen wird, umso höher wird die dort erzielter Rendite versteuert, z.B. maximal mit bis zu 50 Prozent. Entsprechend der Beachtung umweltverträglicher Kriterien sinkt die Steuerabgabe.
5. Auch entsprechend der Energiewirtschaft wird der Handel mit kostenlos zugeteilten Verschmutzungszertifikaten durch wirksamere und zeitgemäße Maßnahmen ersetzt. Hierbei muss das Netz verstaatlicht werden und die Netznutzungsgebühren umso geringer ausfallen, je umweltverträglicher die Energie erzeugt wird.
6. Damit nicht versucht wird, die steuerliche Abzüge bei der Rendite wegen Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlage auf die Verbraucher umzulegen, dürfen Preiserhöhungen nur noch durchgeführt werden, wenn die Rendite und der Gewinn (vor Steuer) nicht gestiegen sind.
7. In das Betriebsverfassungsgesetz müssen die Kontrollbefugnisse der Belegschaft und ihrer Vertreter ebenfalls erhöht werden, um auch innerbetrieblich für eine nachhaltige Produktion zu sorgen. Dies erfordert erweiterte Mitbestimmung auf alle Unternehmensentscheidungen – einschließlich Verlagerung, Kreditaufnahmen, Gehaltsfestsetzungen auch der Vorstände, Planung usw.

Ich hoffe, dass die Abgeordneten die Zeichen der Zeit erkennen haben, und entsprechend meiner Vorschläge aktiv werden.

Mit freundlichen Grüßen

(Armin Kammrad)